

Müllheim

Bedauern über „verpasste Chancen“

Weiler Zeitung, 26.06.2015 23:42 Uhr



Das Foto vom Auggener Bahnhof wurde von der Überführung in rund 6,90 Meter Höhe aufgenommen – so hoch werden die Lärmschutzwände, die künftig die Landschaft bei Auggen durchschneiden. Zwar freut man sich in Auggen über den Vollschutz beim Bahnlärm, städtebaulich seien die Lärmschutzwände jedoch ein „Supergau“, meint Bürgermeister Fritz Deutschmann. Foto: Alexander Anlicker Foto: Weiler Zeitung

Von Alexander Anlicker Müllheim/Auggen. Mit Bedauern haben Müllheims Bürgermeisterin Astrid Siemes-Knoblich und Auggens Bürgermeister Fritz Deutschmann gestern die Entscheidung des Projektbeirats gegen die optimierte Kernforderung 6 (oKF6) zur Kenntnis genommen. Beide bemängelten, dass in der Sitzung des Projektbeirats die oKF6 nur auf den Lärmschutz reduziert wurde. „Uns hat die Kunde telefonisch erreicht, dass die oKF6 abgelehnt wurde, aber bei einigen Punkten Zugeständnisse gemacht wurden. Weiteres liegt uns nicht vor“, berichtete Fritz Deutschmann gestern

Abend. Lärmschutzwände „städtebaulicher Supergau“ Zu den Zugeständnissen gehöre unter anderem der Vollschutz, das bedeutet, dass keine passiven Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sind, sowie die kreuzungsfreie Querung von Güter- und Personenzuggleisen. Außerdem sei zugesagt worden, dass die Lärmschutzwände städtebaulich so verträglich wie möglich gebaut würden. Über den Erfolg beim Vollschutz, der es den Auggenern ermöglicht, ohne Zuglärm bei offenem Fenster zu schlafen oder im Sommer auf der Terrasse zu sitzen – womit vor drei Jahren nicht zu rechnen war –, mag sich der Auggener Rathauschef nicht so recht freuen. Er verweist auf die 6,90 Meter hohen Lärmschutzwände, „die die Landschaft zerschneiden“ und bezeichnete diese als „städtebaulichen Supergau“. Zugleich erinnerte er daran, dass die Gemeinde Auggen bereits 2009 eine Machbarkeitsstudie für die Tieflage in Auftrag gegeben hatte, diese hätte damals „nur 35 Millionen Euro gekostet“. „Die oKF6 kann viel mehr“, betonte Deutschmann und sprach von verpassten Chancen, beispielsweise beim Schienenpersonennahverkehrs. „Zwar stehe man nun, ausgehend von der Situation vor drei Jahren, mit dem Vollschutz relativ gut dar“, stellte Astrid Siemes-Knoblich fest. „Was mich jedoch mit großem Unmut erfüllt, ist, dass die Landesregierung durch ihre Blockadehaltung weitere Vorteile für die Region verhindert hat“, sagte die Bürgermeisterin. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung gegen alle Fraktionen des Landtags, inklusive der eigenen, sowie gegen die eigene Parteibasis in der Region gestimmt habe. Sie geht davon aus, dass das Eisenbahnbundesamt demnächst den Planfeststellungsbeschluss für die modifizierte Antragstrasse der Bahn im Abschnitt zwischen der Hügelheimer Runs und Schliengen erlasse. Dies habe eine präjudizierende Wirkung auf den noch nicht geplanten Bahnknoten bei Hügelheim. „Wir werden uns mit aller Energie einsetzen, dass wir für den Hügelheimer Knoten das beste herausholen“, versprach die Bürgermeisterin. In beiden Gemeinden werde in der nächsten Woche das weitere Vorgehen diskutiert. Eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht schlossen beide Rathauschefs nicht aus, wobei Siemes-Knoblich die Erfolgsaussichten eher mit Skepsis betrachtete. „Wir haben unzureichende rechtliche Rahmenbedingungen für die Bahnplanung in Deutschland – im Vergleich mit anderen Ländern. Jeder weiß, dass man daran etwas ändern müsse“, stellte die Rathauschefin fest und ergänzte: „In dieser Zwischenphase mit zweierlei Maß zu messen, halte ich nicht für fair.“